

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Quereinstieg auch in anderen Bereichen der Jugendhilfe ermöglichen, Fachlichkeit sichern und verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Quereinstieg in weiteren Feldern der Jugendhilfe zu ermöglichen. Es soll ein Konzept erarbeitet werden, unter welchen Voraussetzungen in welchen Bereichen der Jugendhilfe der Quereinstieg über den Kita-Bereich hinaus ermöglicht und andere berufliche Qualifikationen anerkannt werden können.

Begründung

In der Kinder- und Jugendhilfe werden Fachkräfte benötigt. Das betrifft nicht nur die Kitas, auch in anderen Bereichen wie der Kinder- und Jugendarbeit sind Fachkräfte mit anerkannten pädagogischen Abschlüssen knapp. Und der Bedarf steigt. Andererseits arbeiten zum Teil seit vielen Jahren Personen mit anderen als den anerkannten beruflichen Abschlüssen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Es gibt in der täglichen pädagogischen Praxis, zum Beispiel in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, viele gute Erfahrungen in der Arbeit mit multiprofessionellen Teams. Doch wegen des Fehlens der staatlichen Anerkennung arbeiten diese Personen oftmals bei geringer Bezahlung, auf Honorarbasis, befristet oder/und in Teilzeit. Angesichts des allgemein beklagten Fachkräftemangels ist es an der Zeit, hier umzudenken. Es gilt, das Fachkräftegebot nicht auszuhöhlen, sondern auf breitere Füße zu stellen. Die seit Jahren erfolgreich praktizierte Arbeit in multiprofessionellen Teams soll gesichert werden. Wenn nötig, sollen entsprechende Nachqualifikationen, öffentlich finanziert, bereitgestellt werden.

Darüber hinaus soll der Quereinstieg auch in anderen Bereichen der Jugendhilfe regelhaft ermöglicht werden und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sollen definiert werden. Die entsprechenden Voraussetzungen sollen auch für Personen mit im Ausland erworbenen pädagogischen Qualifikationen geschaffen werden. So soll auch in Zeiten des Fachkräftemangels das Fachkräftegebot gesichert und, bei Einhaltung definierter Fachstandards, langfristig gewährleistet werden.

Berlin, den 4. April 2019

Saleh Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Seidel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen